

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo © Mareto Schneider/OeRK

Für Klimagerechtigkeit demonstrierten Vertreter des Oekumenischen Rates während des "Kleinen Klimagipfels" in New York zusammen mit 60.000 vorwiegend jungen Menschen. Sie forderten Regierungen und Kirchen dringend zum Handeln auf

Kirchen anlässlich Klimakrise: Spirituelle Wurzeln erneuern

Erneuerung der Spiritualität – sowohl der persönlichen als auch der kollektiven – sei der Schlüssel im Bemühen gegen den Klimawandel. Das erklärte Cornelia Füllkrug-Weitzel von "Brot für die Welt" auf einer Zusammenkunft am 24. September 2019 unter dem Motto: „Klimanotstand - Glaubensbasierte Organisationen wollen ambitionierter wirken – und niemanden zurücklassen“. Das bedeute, eine Frage zu stellen, die für viele Menschen sehr herausfordernd sei: „Welche Teile unserer Spiritualität sind von marktwirtschaftlichem Denken geprägt?“ Sie fügte hinzu: „Wir müssen eine kritische Selbstprüfung vornehmen, um unsere spirituellen Wurzeln zu erneuern, ich denke, wir können und müssen das wahrhaftig tun.“

Das ACT-Bündnis, der Lutherische Weltbund und der Oekumenische Rat der Kirchen berieten sich am Rand des kleinen Klimagipfels der Vereinten Nationen in New York mit Delegierten von Regierungen, der Zivilgesellschaft, der akademischen Welt, um über die Finanzierung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und die damit einhergehenden Schäden und Verluste zu reden.

Mark MacDonald, Erzbischof der National Indigenous Anglican Church of Canada und Präsident des Oekumenischen Rates der Kirchen in Nordamerika, definierte den Klimawandel als eine der zentralsten moralischen Fragen, mit denen die Menschheit jemals konfrontiert war. „Es ist klar, dass die indigenen Völker die Verwalter der intakten Ökosysteme der Welt sind, die durch den Klimawandel stark bedroht sind.“

Von der Insel Tuvalu, wo die BewohnerInnen in ein riesiges Felsschelf investiert haben, um ihre Küste zu stabilisieren, bis zu den Philippinen, wo Taifun Haiyan Menschenleben forderte und wirtschaftliche Verwüstungen anrichtete, verursacht der Klimawandel Traumata und hinterlässt ernste humanitäre Nöte, sagte Sabine Minninger, Beraterin bei Brot für die Welt. „Der Klimawandel zieht die Menschen wieder in die Armut zurück, die es tatsächlich aus der Armut geschafft haben“

„Unser Haus brennt“

„Unser Haus brennt“, stellte Dr. Saleemul Huq, Direktor des Internationalen Zentrums für Klimawandel und Entwicklung, fest. Er forderte dazu auf, den Klimawandel als eine Katastrophe anzusehen und nicht als ein sich langsam entwickelndes Missgeschick. „Das

AUS DEM INHALT

**Römisch-katholische Kirche:
Amazonien-Synode weist neue Wege**

**Vatikan:
Geldnöte**

**Vereinte Nationen:
Folgenreiche Liquiditätskrise**

**Regenwald:
Militärisch gegen Vernichtung?**

**UNO/Transnationale Konzerne:
Vorrang von Menschenrechten vor Unternehmensgewinnen**

**USA:
Neuer Gesetzentwurf zur Erschwerung von Geldwäsche**

**Weltkirchenrat:
Kandidatenkür**

**Russisch orthodoxe Kirche:
Neues repräsentatives Zentrum**

Aus Netzen und Bewegungen

**Württemberg:
„Spiritualität und Religionen in der Entwicklungspolitik“**

**Initiative Lieferkettengesetz;
Menschenrechtliche Verantwortung durchsetzen**

Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden: Eine Außenpolitik des Friedens ohne militärische Option

**Kairos Europa:
Eine neue internationale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur**

**Church and Peace:
Wider die fortschreitende Militarisierung der EU**

sind keine gottgegebenen Auswirkungen mehr mit Folgen für die Menschen, dies sind von uns selbst verursachte Entwicklungen“, sagte er. „Eine Katastrophe bedeutet, dass das Haus in Flammen steht, und das bedeutet, dass wir sofort etwas dagegen unternehmen müssen.“



Photo © Marcoschneider/OzRK

Ulrich Duchrow beim Treffen der glaubensbasierten Organisationen am Rande des „Kleinen Klimagipfels“ in New York

Römisch-katholische Kirche: Amazonien-Synode weist neue Wege

Mit dem Aufruf zu einer ganzheitlichen Umkehr hat die Amazonien-Synode im Vatikan abgeschlossen. Vier Bereiche hob sie hervor: den pastoralen, den ökologischen, den kulturellen und den synodalen. Angeregt wird auch die Weihe verheirateter Männer zu Priestern für entlegene Gemeinden sowie die Entwicklung eines amazonischen katholischen Ritus. Das Thema Frauendiakonat ist nicht ganz geklärt.

Das etwa 30 Seiten lange Schlussdokument der Amazonien-Synode teilt sich in fünf Kapitel auf, wobei das erste die Basis der übrigen vier bildet. „Amazonien: vom Zuhören zur ganzheitlichen Umkehr“ ist es überschrieben. Es spricht vom Schrei der Armen, den „Attentaten gegen die Natur“, dem bedrohlichen Verlust des Regenwaldes, der Migration, der Ausbeutung und der Antwort der Kirche in dieser Lage. Heute habe „die Kirche die historische Chance, sich von den neuen Kolonialkräften zu unterscheiden, indem sie den amazonischen Völkern zuhört“ (Ziffer 15).

Ein Verweis auf Ökumene und den Dialog mit indigenen Religionen nennt als Ausgangspunkt das gemeinsame Interesse am Wort Gottes. Die Synode schlägt dazu gemeinsame Bibelübersetzungen in lokale Sprachen sowie theologische Treffen vor.

Oekumenischer Einsatz für Landrechte

Auch aus der ökumenischen Familie in der Amazonasregion wurde die Synode begleitet. „Die Kirche als Bewegung des Volkes Gottes muss sich zunehmend für die Verteidigung der Menschenrechte und der Rechte des Urwaldes einsetzen“, heißt es etwa in einem Brief des Nationalen Rates der christ-

lichen Kirchen Brasiliens an die Synode. Die Botschaft enthält eine Erklärung über das Engagement für die Verteidigung der Landrechte der indigenen Völker, „von denen wir noch so viel lernen müssen, um in den politischen Perspektiven des Gemeinwohls und des guten Lebens aller voranzukommen“.

Die Synode ergriff Partei für eine Allianz mit den amazonischen Völkern. Sie spricht davon, „Attentate gegen das Leben und die Gemeinschaften Indigener“ anzuzeigen und Projekte zu demaskieren, die deren Rechte einschränken. „Die Anwesenheit der Kirche in den indigenen und traditionellen Gemeinden braucht das Bewusstsein, dass die Verteidigung der Erde keinen anderen Zweck hat als die Verteidigung des Lebens“ (46). Für die Kirche sei diese Verteidigung des Lebens, der Gemeinschaften, der Erde und der Rechte der Indigenenvölker „ein Prinzip des Evangeliums“. Weil unser Planet ein Geschenk Gottes ist, sei angesichts einer „sozioökologischen Krise“ im noch nie dagewesenen Maßstab Handeln dringend erforderliches. Zu einer ganzheitlichen Ökologie gebe es keine Alternative, „Sie ist der einzige mögliche Weg.“ (67).

Umkehr zu einfachem Lebensstil

Beim gesamten Lebensstil will die Synode eine umfassende Umkehr zu einem einfachen und nüchternen Leben erreichen. Das ökologische Sündigen soll als Handlung oder Unterlassung gegen Gott, den Nächsten, die Gemeinschaft und die Umwelt definiert werden.

Das neue Paradigma müsse „sozial inklusiv“ sein und wissenschaftliche wie traditionelle Kenntnisse zu vereinen wissen, auch das überlieferte Wissen der Indigenen mit ihrer Kosmo-Vision (73). Jedes einzelne Vorhaben zum Abbau von Rohstoffen in Amazonien müsse auf seinen Wert für das Gebiet und seine Bevölkerung hin bewertet werden. Profit dürfe nicht höher stehen als Umweltfragen und Menschenrechte.

Fonds und Dokumentation

Konkret empfiehlt die Synode einen weltweiten Fonds einzurichten, der die Gemeinschaften in Amazonien für ihre ökologische Arbeit entschädigt und sie zugleich vor ausbeuterischen Vorhaben von Konzernen schützt (Ziffer 83), außerdem soll eine ökologisch-pastorale Dokumentationsstelle eröffnet werden, die der Verteidigung des Lebens dient.

Neues Leitungsmodell

Die Synode hebt die Mitverantwortung der Laien hervor. „Wir erkennen die Notwendigkeit an, die Räume für die Teilhabe von Laien zu stärken und zu erweitern, beim Beraten wie auch beim Entscheiden“ (Ziffer 94). Für die amazonische Kirche sei es drin-

gend, „Dienste an Männer und Frauen gleichermaßen“ zu verleihen. Die Synode empfiehlt ein neues Modell der seelsorgerlichen Verantwortung: Der Bischof könne für begrenzte Zeit in Gemeinden ohne Priester die Ausübung der Seelsorge an eine Person ohne Weihe aus der Gemeinde selbst übertragen, und zwar als Rotationsmodell, um „Personalismen“ zu vermeiden (96). Überdies bitten die Synodenväter darum, in Amazonien ein neues Amt ausdrücklich für Frauen einzuführen, nämlich „die weibliche Gemeindeführerin“ (102).

Entsprechend ausgebildete Frauen sollen auch das Lektorenamt wahrnehmen können. Für den Kontext Amazoniens, wo die meisten katholischen Gemeinschaften von Frauen geleitet werden, wird die Einrichtung des Amtes der Leiterin der Gemeinde vorgeschlagen.

In der Frage, ob auch Frauen zu Diakoninnen oder gar Priesterinnen geweiht werden können, will Papst Franziskus durch eine Kommission erforschen lassen, ob es bereits in der Urkirche Diakoninnen gab.

Vatikan: Geldnöte

Zum wiederholten Mal werden in Italien Vorwürfe in einem neuen Buch des Investigativjournalisten Gianluigi Nuzzi gegen die Finanz- und Güterverwaltung des Heiligen Stuhls laut.

Dabei treffen die wohl erheblich gesunkenen Einnahmen aus der Weltkirche (sog. Peterspfennig) auf steigende Personalausgaben und nur bedingt wirtschaftlich genutzte Immobilien. 800 von mehr 4000 Objekten stünden leer. Der Rest werde zu 15 Prozent gratis und zu einem großen Teil unter Marktwert vermietet. Das weltweite Spendenaufkommen für den sogenannten Peterspfennig sei im vergangenen Jahr auf 51 Millionen gesunken. 2006 waren es noch 101 Millionen. Gelder des Peterspfennigs seien unter anderem zum Kauf einer Immobilie in London zweckentfremdet worden.

Schon seit dem Pontifikat von Johannes Paul I., verstärkt dann unter Benedikt XVI. und jetzt unter Franziskus und dem von ihm eingesetzten Wirtschaftsrat mit dem deutschen Kardinal Marx, wird in Rom versucht, das über Jahrhunderte gewachsene jedoch den modernen Bilanznotwendigkeiten nicht mehr gerecht werdende System zu reformieren. Dabei steht die Güterverwaltung des Apostolischen Stuhls (APSA) unter seinem Präsidenten Bischof Nunzio Galantino im Mittelpunkt des Interesses. Die besondere Situation durch die Lateran-Verträge hat zudem ein von der italienischen Justiz- und Finanzverwaltung unabhängiges und unkontrolliertes System befördert, das schwer zu verändern zu sein scheint.

Regenwald: Militärisch gegen Vernichtung?

Die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes könnte in einigen Jahren mit militärischer Gewalt bzw. durch eine internationale Polizeiaktion gestoppt werden müssen. Ein entsprechendes Szenario veröffentlichte die amerikanische Zeitschrift *foreignpolicy.com*. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis Großmächte versuchen, den Klimawandel mit allen notwendigen Mitteln zu stoppen.

Ein Szenario

Im Szenario von Stephen M. Walt würde im Jahr 2025 ein US-Präsident Brasilien ein Ultimatum gestellt haben, um die zerstörerischen Entwaldungsaktivitäten im Amazonas-Regenwald einzustellen. Wenn Brasilien sich nicht daran halte, warnte der Präsident, würde er eine Marineblockade brasilianischer Häfen und Luftangriffe gegen kritische brasilianische Infrastrukturen anordnen. Die Entscheidung des Präsidenten fiel nach einem neuen Bericht der Vereinten Nationen, in dem die katastrophalen globalen Auswirkungen der anhaltenden Zerstörung des Regenwaldes katalogisiert werden. Sie warnen vor einem kritischen "Kippunkt", der bei Erreichen eine schnelle Beschleunigung der globalen Erwärmung auslösen würde. Obwohl China erklärt hat, dass es gegen jede Resolution des UN-Sicherheitsrates, die den Einsatz von Gewalt gegen Brasilien genehmigt, ein Veto einlegen würde, sagte der Präsident im Szenario, dass eine große "Koalition betroffener Staaten" bereit sei, die Maßnahmen der USA zu unterstützen. Gleichzeitig seien die Vereinigten Staaten und andere Länder bereit, ein Kompensationspaket auszuhandeln, um die Kosten für den Schutz des Regenwaldes für Brasilien zu mildern.

Wie weit muss man gehen

Die Frage hinter diesem Szenario lautet, wie weit man gehen müsste, um irreversible Umweltschäden zu verhindern. Haben Staaten nicht das Recht - oder sogar die Pflicht, in einem fremden Land zu intervenieren, um zu verhindern, dass es irreversible Umweltschäden verursacht, fragt die Zeitschrift *Foreign Policy*. Zur rechtlichen Grundlage würde zählen, dass der Sicherheitsrat sich auf Artikel 42 berufen und militärische Gewalt gegen Staaten anwenden könnte, die er aufgrund ihrer mangelnden Bereitschaft, destruktive Aktivitäten aus ihren Territorien einzudämmen, als Bedrohung für den internationalen Frieden und Sicherheit ansieht. Zu überlegen ist, wie weit die internationale Gemeinschaft bereit wäre zu gehen, um Aktionen zu verhindern, zu stoppen oder umzukehren, die der Umwelt, von der alle Menschen abhängig sind, immense und irreparable Schäden zufügen könnten?

Andere Maßnahmen

Eine weitere Möglichkeit sind Handelssanktionen gegen umweltverantwortliche Staaten. Privatpersonen könnten freiwillige Boykotte organisieren. Staaten, die ein ökologisch sensibles Gebiet regieren, könnten im Interesse der gesamten Menschheit dafür bezahlt werden, es zu erhalten. Der Generalsekretär des zum Schutz des Amazonas gegründeten Regenwaldfonds, der Norweger Øyvind Eggen, setzt indes noch auf eine koordinierte Reaktion der Sojaimportländer. Das von ihnen gekaufte Soja soll nicht von abgeholzten Regenwaldflächen stammen.

Vereinte Nationen: Folgenreiche Liquiditätskrise

Die schwelende Finanzkrise der Vereinten Nationen, die die Zahlung der Gehälter der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und der Lieferanten bedroht, hat heftige Reaktionen ausgelöst und die über 6.400 Mitarbeiter, die im 39-stöckigen Sekretariatsgebäude in New York arbeiten, in Aufruhr versetzt. Die vorgeschlagenen Ausgabenkürzungen, die auch etwa 37.500 UNO-Mitarbeiter weltweit betreffen, allerdings nicht die über 25 UNO-Organisationen, haben den Blick auch auf ein als „aufgeblähte Bürokratie“ bezeichnetes Phänomen gerichtet, aber auch auf die Kosten der vielen Auslandsreisen einiger hochrangiger UNO-Beamter und -Beamtinnen. Nach Aussagen von Guy Candusso, ehemaliger Erster Vizepräsident der UNO-Mitarbeitergewerkschaft, sei die Liquiditätskrise in den 1990er Jahren noch viel schlimmer gewesen, sie habe aber vom Untergeneralsekretär Joe Connor gelöst werden können.

Die Mitarbeitergewerkschaft der Vereinten Nationen in New York begrüßt die Anweisung, alle offiziellen Reisen auf die nötigsten Tätigkeiten zu beschränken.

Hohe Beitragsrückstände

„Noch wichtiger ist, dass die Führung der Vereinten Nationen im Namen unserer mehr als 15.000 Mitglieder (Mitarbeiter in New York und in den Friedensmissionen) an die Länder mit Zahlungsrückständen appelliert, die dies noch nicht getan haben, dem Aufruf des Generalsekretärs zu folgen und die erforderlichen Zahlungen zu leisten, um sicherzustellen, dass die Arbeit der Vereinten Nationen mit den erforderlichen Mitteln zur Erfüllung der Mandate, die sie uns selbst erteilt haben, fortgesetzt werden kann.“

UNO-Sprecher Stephane Dujarric sagte gegenüber Reportern, das Sekretariat könne bis Ende November mit einem Ausfall von Gehältern und Zahlungen für Waren und Dienstleistungen konfrontiert sein, wenn nicht mehr Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen

vollständig bezahlen.

Bis Ende September hatten die Mitgliedstaaten nur 70 % der Summe für den regulären Haushalt bezahlt, gegenüber 78 % zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Illegale Geldflüsse: Armen Ländern Milliarden entzogen

Arme Nationen verlieren durch "illegale Finanzströme" Einnahmen in Höhe von 416 Milliarden Dollar pro Jahr. Es handelt sich um Geld, das illegal oder missbräuchlich auf der ganzen Welt verdient, transferiert oder verwendet wird.

Diese Zahl geht aus einem Bericht hervor, den die britische Christian Aid veröffentlicht hat.

Der Bericht unter dem Titel "Gefangen in illegaler Finanzierung: Wie missbräuchlich Steuer- und Handelspraktiken die Menschenrechte verletzen" fordert die entwickelten Länder und die UNO auf, die illegitimen Geldströme, die die Armen berauben, um die Reichen zu bereichern, nicht länger zu tolerieren. Von reicheren Regierungen wird verlangt, ihre "legalistische" Definition von illegalen Finanzströmen über bloße illegale Geldströme hinaus auszudehnen, wie etwa im Zusammenhang mit Geldwäsche, Drogenhandel, Steuerhinterziehung oder Korruption. Sie werden nun aufgefordert, eine umfassendere, menschenrechtsbasierte Definition zu übernehmen, die unmoralische und schädliche Geldflüsse umfasst. Die Definition der illegalen Finanzströme (IFFs) soll auf eine rechtbasierte Definition ausgedehnt werden, um alle grenzüberschreitenden Geldströme einzubeziehen, die entweder illegal oder rechtsmissbräuchlich sind in ihrer Herkunft oder während ihrer Bewegung oder Verwendung.

Die Verluste von 416 Milliarden Dollar pro Jahr an öffentlichen Einnahmen Verluste ist Geld, das den Regierungen helfen könnte, dringend benötigte Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Haushalte, Straßen- und Klimaanpassung zu erbringen. Es könnte auch dazu beitragen, die Finanzierungslücke für die Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu schließen.

Gegenwärtig wird geschätzt, dass zusätzliche 2,5 Billionen Dollar pro Jahr an Investitionen erforderlich sind, um die Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu erreichen.

Die UNO sollte eine bedeutendere Rolle bei der Festlegung der Regeln und Konventionen für die Besteuerung transnationaler Unternehmen spielen und die internationale Steuerzusammenarbeit beschleunigen, indem sie ein Steuerungsorgan einrichtet, das über die Besteuerungsregeln entscheidet.



© OeRK

Als Kandidaten zur Wahl der neuen GeneralsekretärIn des OeRK vorgeschlagen: Dr. Elizabeth Joy (links) und Dr. Jerry Pillay (rechts)

Weltkirchenrat: Kandidatenkür

Für die Wahl des nächsten Generalsekretärs des OeRK hat der Suchausschuss unter Leitung von Dr. Fernando Enns, zwei Namen vorgeschlagen: Dr. Elizabeth Joy, Jg. 1961, von der orthodoxen Malankara Kirche. Sie arbeitete früher beim Weltmissionsrat. Ihre Dissertation verfasste sie aus der Perspektive der Dalit-Theologie. Derzeit ist sie eine Direktorin bei Churches Together in England. Der andere Kandidat ist Pfr. Dr. Jerry Pillay, Jg. 1965, früher Generalsekretär der Weltgemeinschaft reformierter Kirchen mit Sitz in Hannover, jetzt Dekan der theologischen Fakultät an der Universität Pretoria. Die Wahl findet durch den Zentralausschuss des OeRK auf seiner Tagung vom 18. bis 24. März 2020 in Genf statt. Die Amtszeit beginnt ab dem 1. April 2020. Der derzeitige Generalsekretär, Dr. Olav Fykse Tveit, wurde von den norwegischen Bischöfen zu ihrem Vorsitzenden ab Januar 2020 gewählt.

Schutz vor Klimakrise: Für die Ärmsten 1 Cent pro Tag

Die Menschen in den ärmsten Ländern erhalten rund 2,40 Pfund pro Jahr - weniger als einen Penny pro Tag -, um sich vor den verheerenden Auswirkungen der Klimakrise zu schützen, schätzt Oxfam in einem neuen Bericht, der Ende September 2019 veröffentlicht wurde. So sind Menschen in Mosambik und am Horn von Afrika mit steigenden menschlichen und finanziellen Kosten durch klimabedingte Katastrophen konfrontiert, die sie am wenigsten verursacht haben.

Bisher eingegangene finanzielle Zusagen von wohlhabenderen Nationen, die armen Ländern helfen sollen, sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen, schätzt Oxfam für 48 am wenigsten entwickelten Länder auf jährlich nur 2,4 bis 3,4 Milliarden - das entspricht etwa 3 Dollar pro

Person, weniger als 1 Cent pro Tag.

Die Industrieländer hatten sich darauf geeinigt, bis 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar an Klimafinanzierung zu erreichen, um ärmeren Ländern zu helfen, Emissionen zu senken und sich anzupassen. Bislang sind erst 71 Milliarden Dollar erreicht.

USA: Neuer Gesetzentwurf zur Erschwerung von Geldwäsche

In den USA hat Ende September eine parteiübergreifende Gruppe von Senatoren im Bankenausschuss des US-Senats ein umfassendes Gesetz vorgestellt, das Korruption und Kriminalität bekämpfen soll, indem es die Verwendung von anonymen Unternehmen in den USA beendet.

Die Nichtregierungsorganisation "Global Witness" hat die Bemühungen dieser Senatoren begrüßt, ein Licht auf anonyme Unternehmen zu werfen, die regelmäßig von Einzelpersonen in den USA und auf der ganzen Welt genutzt werden, die versuchen, ihre unrechtmäßig erworbenen Gewinne zu verstecken und die Verantwortung für ihre Misstaten zu vermeiden.

Der „Improving Laundering Laws and Increasing Comprehensive Information Tracking of Criminal Activity in Shell Holdings (ILLICIT CASH) Act (S.2563)“ würde zum ersten Mal von in den USA gegründeten Unternehmen verlangen, ihre wahren Eigentümer dem US-Finanzministerium gegenüber offen zu legen, diese Informationen auf dem neuesten Stand zu halten und sie auf Anfrage den Strafverfolgungsbehörden und anderen Behörden zugänglich zu machen.

"Als überparteiliches Bündnis Bemühungen sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus versuchen, die Finanzierung krimineller Unternehmen zu unterbinden, hat der Kongress die Möglichkeit, ein starkes Signal an jene zu senden, die einen Zufluchtsort für ihre illegalen Taten suchen: Nicht hier."

Nachhaltige Entwicklungsziele: Verschwendung stoppen

Ein neuer Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO gibt Aufschluss darüber, wie

viel Lebensmittel auf den verschiedenen Stufen der Lebensmittelversorgungskette verloren gehen. Die Studie fordert Entscheidungen für eine wirksame Reduzierung und bietet neue Möglichkeiten zur Messung der Fortschritte an. Dies werde nicht nur dazu beitragen, Fortschritte bei der Erreichung des wichtigen Ziels der Verringerung von Nahrungsmittelverlusten und -verschwendung zu erzielen, sondern könnte auch zur Erreichung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung im Zusammenhang mit der Ernährungssicherheit und der ökologischen Nachhaltigkeit beitragen, heißt es im Bericht.

Laut "State of Food and Agriculture 2019" gehen weltweit rund 14 Prozent der Lebensmittel nach der Ernte und bereits vor dem Erreichen der Einzelhandelsebene verloren, u.a. durch Aktivitäten auf den Bauernhöfen, bei der Lagerung und beim Transport. Allerdings variieren die Lebensmittelverluste innerhalb derselben Warengruppen und Lieferkettenstufen von Region zu Region erheblich.

Verluste bei Ernteeinlagerung

Die Ernte ist der am häufigsten identifizierte kritische Verlustpunkt bei allen Arten von Lebensmitteln. Unzureichende Lagereinrichtungen und schlechte Handhabungspraktiken wurden ebenfalls zu den Hauptursachen für Lagerverluste im Betrieb gezählt.

Der FAO-Generaldirektor Qu Dongyuf fragte im Vorwort zu dem Bericht: „Wie können wir zulassen, dass Lebensmittel weggeworfen werden, wenn täglich mehr als 820 Millionen Menschen auf der Welt hungern?“

Kirchen und UNO: Sorge über Hungeranstieg

Die Zahl der unterernährten Menschen steigt nach jahrzehntelangen weltweiten Fortschritten im Kampf gegen den Hunger wieder an. Der Anstieg bereitet dem Oekumenischen Rat der Kirchen (OeRK), seinen ökumenischen Partnern und den Vereinten Nationen große Sorge.

Die OeRK-Kampagne "Food for Life" veranstaltete am 22. Oktober mit Unterstützung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und des Welternährungsprogramms im Oekumenischen Zentrum in Genf eine Podiumsdiskussion mit dem Titel "Gesunde Ernährung für eine #ZeroHungerWelt", die dieses Jahr das Thema des Welternährungstages war.

Beteiligt waren das Global Network for the Right to Food and Nutrition, Food First Information and Action Network, die jamaikanische Regierung und die International Union for Conservation of Nature.

"Wir müssen darüber nachdenken, warum 26,4 Prozent der Weltbevölkerung, d.h. rund 2 Milliarden Menschen, weiterhin Hunger leiden und eine mittlere bis schwere

Ernährungsunsicherheit haben", verlangte die stellvertretende OeRK-Generalsekretärin Isabel Apawo Phiri in einer Grußbotschaft.

Ernährungsmängel

„Ein ähnlicher Anteil der Menschen auf der Welt verbraucht auch kontaminiertes Trinkwasser“, sagte Phiri. „Wir müssen darüber nachdenken, warum wir zunehmend in einer Kombination aus ungesunder Ernährung und sitzender Lebensweise gefangen sind, die zu Fettleibigkeit und nicht übertragbaren Krankheiten führt.“

Carolyn Rodrigues-Birkett, Direktorin des FAO-Verbindungsbüros in Genf, stellte fest, dass ein multisektoraler Ansatz erforderlich ist, damit gesunde Ernährung den Hunger auf Null reduzieren kann. Sie bemerkte „Seit 2016 nimmt der Hunger wieder zu. Während die Quote mit 10,8 Prozent gleich geblieben ist, ist die absolute Zahl gestiegen, darunter leiden heute über 820 Millionen. Konflikte sind nach wie vor ein großes Hindernis in unserem Kampf gegen Hunger und Unterernährung. Im Jahr 2017 lebte mehr als die Hälfte der chronisch nahrungsunsicheren und unterernährten Menschen in von Konflikten betroffenen Ländern. Die Konflikte lagen meist innerhalb der Staaten“, sagte Rodrigues-Birkett.

Beitrag von Glaubensorganisationen

Gordana Jerger, Direktorin des Genfer Büros des Welternährungsprogramms, sagte, „Glaubensorganisationen sind wichtige Partner vor Ort, um hungrige und gefährdete Bevölkerungsgruppen zu erreichen - sowohl internationale als auch lokale Glaubensorganisationen“.

Das Ausmaß der Krise ist im Wesentlichen auf Konflikte zurückzuführen, sagte Jerger, „aber wir haben auch eine zunehmende Zahl von Naturkatastrophen, die auf extreme Wetterereignisse oder Klimaveränderungen zurückzuführen sind“.

Die stellvertretende Generalsekretärin des OeRK Phiri zeigte sich „überzeugt, dass wir mit Erfolg vorankommen können, wenn wir zusammenwirken und vorwärts gehen. Bringen wir also das Wissen und die Erfahrungen auf kohärente und ganzheitliche Weise ein, damit alle Menschen ihr Recht auf angemessene Ernährung verwirklichen können, eine Verpflichtung, zu der sich alle Nationen bereits verpflichtet haben.“

UNO und Privatwirtschaft: Investoren gesucht

Die finanziellen Realitäten bei der Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) enthüllen gewaltige Finanzierungsdefizite.

Nun dankte Generalsekretär Antonio Guterres bei einem Ministertreffen im Sep-

tember den Mitgliedstaaten für ihre gegebenen Zusagen zu Klimaschutz, zu SDGs und zur Entwicklungsfinanzierung (FfD).

„Aber um ernsthafte Fortschritte zu machen“, eröffnete er dann, „müssen wir die Finanzierungslücke für SDGs schließen - etwa 1,5 Billionen Dollar pro Jahr.“

Laut dem Weltinvestitionsbericht 2014 der Genfer UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) ist die Finanzierungslücke zur Erreichung der SDGs in Entwicklungsländern noch größer - und wird auf rund 2,5 bis 3,0 Billionen US-Dollar pro Jahr geschätzt.

Zu den SDGs gehören die Beseitigung von extremer Armut und Hunger, die allgemeine Gesundheitsversorgung, eine qualitativ hochwertige Bildung, sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen sowie eine grüne Wirtschaft, die unter anderem bis 2030 weltweit erreicht werden sollen.

Gleichzeitig hat Guterres erläutert, dass der Grüne Klimafonds (GCF) aufgestockt werden muss, um der Verpflichtung nachzukommen, bis zum nächsten Jahr jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutzmaßnahmen, einschließlich Minderung und Anpassung in Entwicklungsländern, bereitzustellen.

Auf der Geberkonferenz des Grünen Klimafonds GCF vom 24. bis 25. Oktober in Paris haben 27 reiche Nationen dem Fonds nur 9,8 Milliarden Dollar zugesagt.

Eine der reichsten Nationen der Welt - die USA - hat keine Zusagen gegeben.

In seinem Jahresbericht 2019 stellte der UNO Generalsekretär nun klar, dass "wir unsere Ziele im derzeitigen Tempo nicht erreichen werden". Das ist für ihn der Anlass, privat-öffentlicher Partnerschaften mit weltweiten Großunternehmen einzugehen. Natürlich verfolgen diese erstrangig die wirtschaftlichen Ziele einer zunehmenden Rendite.

Am 16. Oktober gründete nun Guterres die Global Investors for Sustainable Development (GISD) Alliance, die als "die erste Gruppierung der Vereinten Nationen mit 30 hochkarätigen Wirtschaftsführern aus der ganzen Welt" gilt.

UNO/Transnationale Konzerne: Vorrang von Menschenrechten vor Unternehmensgewinnen

Eine neue Ära der Menschenrechtsentwicklung kann ein wenig beachteter menschenrechtsorientierter Vertragsprozess einleiten. Dazu verhandelt in Genf eine Zwischenstaatliche Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen (IGWG) einen international bindenden Vertrag über die Transnationalen Konzerne und Menschenrechte. Im Kern geht es darum, dass die Menschenrechte erstmals Vorrang vor den Unternehmensgewinnen erhalten sollen. Die Zukunft des Abkommens wird aber davon abhängen, ob sich die Regierun-

gen auf einen starken Text einigen können. Die Sitzung im Oktober 2019 war die fünfte Verhandlungsrunde des Vertrags. Seit seiner Gründung stößt der Prozess auf Widerstand bei vielen Regierungen, in denen große transnationale Unternehmen ihren Sitz haben, darunter die Vereinigten Staaten und die Europäische Union.

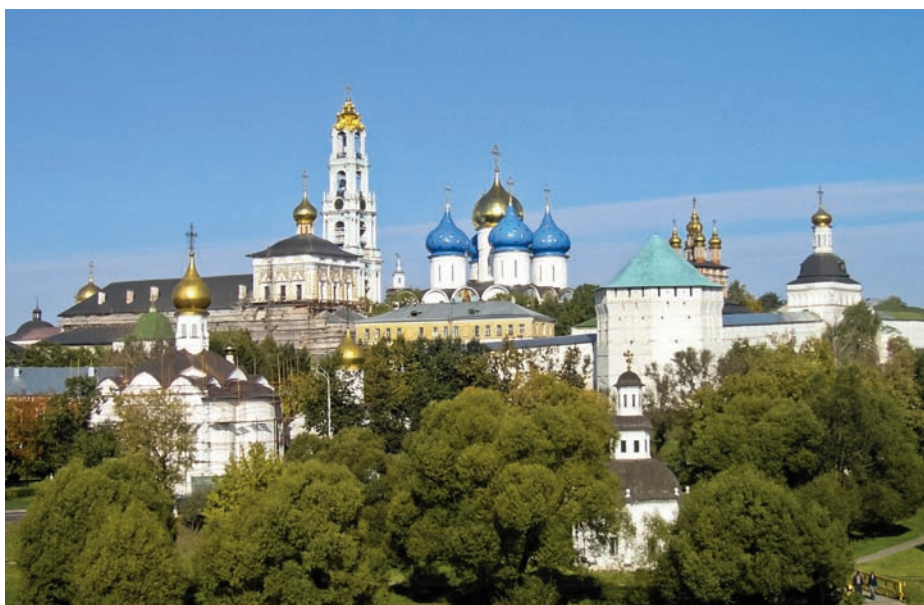
Weltkirchenrat: Staatenlosigkeit beenden

Der Oekumenische Rat der Kirchen hat gemeinsam mit anderen Organisationen eine Erklärung unterzeichnet, die am 7. Oktober an das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) gerichtet wurde und in der ein sofortiges Handeln gegen Staatenlosigkeit gefordert wird. Die Bedrohung durch Staatenlosigkeit wachse und neue Risiken der Staatenlosigkeit überträfen die Bemühungen, die Staatenlosigkeit zu bekämpfen, so die Erklärung. „In den meisten Fällen hätte die Staatenlosigkeit bereits beseitigt werden können, wenn alle Regierungen ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen vollständig erfüllt hätten“, heißt es in dem Text. „Durch die Verweigerung des Rechts auf eine Nationalität sind Staatenlose mit weitreichenden Menschenrechtsverletzungen konfrontiert, einschließlich ihres Rechtes auf Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung, Eigentum, Erbschaft, Bewegung, Teilhabe, Freiheit und Sicherheit der Person.“ Staatenlose Menschen leiden auch an Familientrennung, unter geschlechtsspezifischer Gewalt, Menschenhandel und generationenübergreifender Armut, so der Text weiter. „Staatenlose sind auch Opfer von Zwangsmigration, die wiederum eine Ursache für Staatenlosigkeit ist - Fakten, die in der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten aufgeführt sind“, heißt es in der Botschaft. „Bestimmten Gemeinschaften wird zunehmend die Dokumentation verweigert oder sie müssen ihre Verbindung zu einem Staat nachweisen, obwohl sie dort seit Generationen als Bürger und Bürgerinnen leben.“

Cornelia Füllkrug-Weitzel von Brot für die Welt erklärte dazu: „Die Verweigerung der Nationalität ist eine schwere Verletzung der Menschenrechte, von der weltweit Millionen von Menschen betroffen sind. Wir sind besonders besorgt über die jüngsten Entwicklungen in Assam (Indien), die das Recht auf eine Nationalität für fast zwei Millionen Menschen und damit alle anderen Menschenrechte nicht nur für diese zwei Millionen Menschen, sondern auch für ihre nächste Generation oder sogar für Generationen beeinträchtigen können“.

Viele Staatenlose sind aus Gründen der Rückführung willkürlich, über einen längeren Zeitraum und sogar auf unbestimmte Zeit inhaftiert, während kein Land bereit ist, sie zu akzeptieren, stellt der Text fest.

Photo © Wikicommons



Das russisch-orthodoxe Kloster der Dreifaltigkeit und des Heiligen Sergius in Sergijew Possad (früher Sagorsk) wird ausgebaut

Südliches Afrika: Kirchen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

Kirchen im gesamten südlichen Afrika sagen öffentlich „#EnoughIsEnough“, viele Konfessionen und Gemeinden veröffentlichen starke Erklärungen, organisieren Gebetsveranstaltungen und nehmen gegen wachsende Gewalt Stellung. Sowohl die Niederländische Reformierte Kirche als auch die Uniting Presbyterian Church in Southern Africa (UPCSA) haben über die Forderung nach mehr Geschlechtergerechtigkeit diskutiert und darüber, wie sich die Dynamik angesichts der beispiellosen öffentlichen Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderung aufrecht erhalten lässt. Die Niederländische Reformierte Kirche hat auf ihrer Synode dazu eine neue Politik gegen sexuellen Missbrauch und Fehlverhalten verabschiedet und ihr Engagement für Geschlechtergerechtigkeit auch öffentlich verstärkt. Die neue Politik, das Ergebnis langjähriger Gespräche über den Umgang mit Frauen in der Kirche, beschreibt ausführlich, welche Handlungen als sexueller Missbrauch oder Fehlverhalten angesehen werden können.

Erklärung über Frauenmord

In einer „Erklärung über Frauenmord, Kindermord und Gewalt gegen Frauen und Kinder“ bekräftigt die UPCSA, dass Männer, indem sie nichts tun, an der Aufrechterhaltung von Gewalt gegen Frauen und Kinder mitschuldig seien. Die Kirche hat sich verpflichtet, „sich den Idealen der Herrschaft Gottes und den verfassungsmäßigen Werten der Menschenwürde, Gleichheit und Freiheit zu verpflichten“. In Südafrika wurden im vergangenen Jahr 52.420 Sexualstraftaten gemeldet. Viele wurden sicherlich nicht

gemeldet. Während der Dialog in Südafrika weitergeht, haben sich viele Menschen der #ThursdaysinBlack Kampagne für eine Welt ohne Vergewaltigung und Gewalt verschrieben.

Die UPCSA gab auch eine „Erklärung über die jüngste fremdenfeindliche Gewalt gegen Mitafrikaner“ heraus. In der Erklärung wird auf die schreckliche Welle fremdenfeindlicher Gewalt, Angriffe und Morde an afrikanischen Landsleuten, Wanderarbeitnehmern und Flüchtlingen im südlichen Afrika hingewiesen.

Geschlechtergerechtigkeit

Theologinnen in Südafrika äußerten ihr Entsetzen über die anhaltende Welle der Gewalt gegen Frauen. „Wir rufen die Glaubensgemeinschaften und die Gesellschaft im Allgemeinen auf, nicht mehr über Gewalt gegen Frauen und Kinder zu schweigen und nicht mehr die Stimmen zum Schweigen zu bringen, die darüber sprechen“, heißt es in der Erklärung. „Wir rufen die Leitungen der Glaubensgemeinschaften auf, entschlossen darauf zu achten, ob durch die Art und Weise, wie die Bibel gelesen wird, die Gewalt gegen Frauen und Kinder aufrechterhalten wird.“

Irak: Vom IS zerstörte Kirche wiedereröffnet

Die vom „Islamischen Staat“ 2014 zerstörte syrisch-katholische Kirche von Mar Behnam und Mart Sarah in der irakischen Stadt Qaraqosh wurde von Erzbischof Petros Mouche von Mossul, neu eingeweiht. Der vom IS angezündete Altar wurde dabei am Fest der Entschlafung Mariens (im westlichen Kalen-

der das Fest der Himmelfahrt Mariens) ebenso wieder der liturgischen Verwendung zugeführt. Die feuergeschwärzten Mauern erstrahlten in neuem Weiß, Symbol, dass die Vergangenheit der Zerstörung überwunden ist.

Gleichzeitig ist sowohl ein Erstarkens des IS festzustellen, wie eine Politik der irakischen Zentralregierung zur Einschränkung der Religionsfreiheit.

50.000 Christen und Christinnen gab es in der Stadt, etwa 26.000 sind jetzt zurückgekehrt. Weitere Kirchen im Ort waren vom IS etwa zur Bombenfabrikation oder als Schießstände missbraucht worden.

Russisch orthodoxe Kirche: Neues repräsentatives Zentrum

Auf Geheiß des russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill wird das Männerkloster der Dreifaltigkeit und des Heiligen Sergius in der rund 70 km nordöstlich von Moskau gelegenen Stadt Sergijew Possad (von 1930 bis 1991 Sagorsk) spektakulär ausgebaut. Entstehen soll eine Art neuer Berg Athos, quasi ein Vatikan der russischen Orthodoxie. Anlässlich eines Besuches vor Ort im Oktober 2019 hat der Patriarch die staatlichen Behörden beim Bau zur Eile gedrängt, damit das Vorhaben 2025 abgeschlossen werden könne.

Der Ausbau ist auch mit der Verdrängung von Bewohnerinnen und Bewohner aus angrenzenden Wohnhäusern verbunden. Bei ähnlichen Vorhaben in Jekatarinenburg war es zu Protesten der Bevölkerung gekommen, die einen Park gegen die geplante Bebauung durch die Kirche verteidigten.

Die geplanten Bauten sollen etwa zwanzig religiöse, kulturelle, zivile und administrative Gebäude umfassen, dazu eine große Bibliothek für das Handschriftenerbe der Kirche und Repräsentanzen der dreizehn nationalen orthodoxen Kirchen, mit denen das Moskauer Patriarchat in Gemeinschaft steht. Damit ist die Ukrainisch-orthodoxe Kirche ebenso ausgeschlossen wie das Oekumenische Patriarchat von Konstantinopel. Finanziert wird das ganze Projekt von der russischen Zentralregierung. Es umfasst auch Einkaufsstätten, Schulen und Sportanlagen.

Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von OeRK, LWI, RWF, CEC, RNA, RV und KIPA ausgewertet.

Aus oekumenischen NETZEN

► Bayern

Zivilgesellschaftlicher Einsatz verliert Gemeinnützigkeit

Der zivilgesellschaftlichen Organisation „Campact“ wurde der Gemeinnützigkeitsstatus entzogen. Zuvor wurde Attac gebeutelt. Dazu veröffentlicht das Oekumenische Netz Bayern einen Protest. In seinem Rundbrief begründet es seine Haltung: „Wir schätzen Attac als aktionsorientierte Bildungsbeziehung. Sie rüttelt auf, dort, wo es Not tut. Attac stellt Informationen zu relevanten gesellschaftlichen Themen zur Verfügung, beleuchtet Auswirkungen von Globalisierungsprozessen, stellt Argumente und Fakten zusammen und bereitet diese didaktisch auf. Attac stärkt die öffentliche Debatte zu jeweiligen Folgen und Alternativen und entwickelt Positionen, die eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft im Fokus haben. In Attac Deutschland engagieren sich viele ehrenamtlich Aktive in Projektgruppen, Kampagnen oder vor Ort für eine andere Welt. Sie richten sich gegen die negativen Folgen von Globalisierung und Neoliberalismus auf Welthandel, Finanzmärkte, Klima, soziale Gerechtigkeit oder Fluchtbewegungen.“

Widerspruch

Wir fordern alle Wähler*innen und alle Parteien auf, Widerspruch einzulegen. Wir bitten unsere Kirchen, sich für die Wiederanerkennung der Gemeinnützigkeit der Organisation Attac Deutschland einzusetzen. Das Urteil muss Sorgen machen; es hat toxische Wirkung. Es ist zu fürchten, dass nun kritische Vereine und Verbände finanziell ausgehungert werden. Der entscheidende Satz des Anti-Attac-Urteils des Bundesfinanzhofs lautet: "Wer politische Zwecke durch Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung verfolgt, erfüllt keinen gemeinnützigen Zweck." Man muss den strohtrockenen Satz zwei-, drei-mal lesen, dann beginnt er gefährlich zu knistern. In diesem Satz steckt nämlich eine vordemokratische Botschaft: Politisches Engagement, wie es der Bundespräsident landauf, landab von den Bürgerinnen und Bürgern verlangt, ist angeblich steuerlich nichts wert; es ist angeblich weniger relevant für Gemeinnutz und Gemeinwohl als das Werkeln in einem Verein für Modellflug, Amateurfunk, Kleingärtnerei oder Hundesport.

Urteil der Vorinstanz

Mit seinem Urteil verwarf der BFH die Entscheidung der Vorinstanz. Das Hessische Finanzgericht (FG) war davon ausgegangen,

dass die nach § 52 AO steuerbegünstigte Förderung der Volksbildung eine Betätigung in beliebigen Politikbereichen zur Durchsetzung eigener politischer Vorstellungen ermögli-che. Demgegenüber ist nach dem Urteil des BFH für die zur Volksbildung gehörende politische Bildung wesentlich, politische Wahrnehmungsfähigkeit und politisches Verantwortungsbewusstsein zu fördern. ... Politische Bildungsarbeit setzt aber ein Handeln in geistiger Offenheit voraus. Daher ist eine Tätigkeit, die darauf abzielt, die politische Willensbildung und die öffentliche Meinung im Sinne eigener Auffassungen zu beeinflussen, nicht als politische Bildungsarbeit gemeinnützig.

MARTIN BLEHER

Kontakt: OeNB, c/o Michael Kappus, Tölzerstr. 7, 81379 München, Tel.: 089/7232742, E-Mail: kappusm@aol.com

► Rhein-Mosel-Saar

Fraueninitiative und Zugang zu Weihämtern in der katholischen Kirche

Die Frauen-Initiative „Maria 2.0“ sorgt für Unruhe in der katholischen Kirche. Sie fordert zu recht, dass Frauen in der Kirche sichtbar und gleichgestellt werden – bis hin zum Zugang zu den Männern vorbehaltenen und mit einer Weihe verbundenen Ämtern. Durch sein mit der Aura der Unfehlbarkeit ausgestattetes Verdikt wollte Johannes Paul II. die Frage der Frauenordination für alle Zeiten vom Tisch haben. Mit dieser Entscheidung Johannes Pauls II. und ihren oberhirtlichen Befragungen flüchte sich die Kirche – so Maria 2.0 – in „überzeitliche Wahrheiten aus einer anderen Welt und in einer unverständlichen Sprache“. Statt an „überzeitlichen Wahrheiten“ solle sich Lehre und Verkündigung „an den Menschen unserer Zeit orientieren“

Orientierung woran?

„Überzeitliche Wahrheiten“ kann es in der Geschichte nicht geben, weil Wahrheit ohne Zeit nicht zu haben ist. Die Orientierung „an den Menschen unserer Zeit“ macht die Menschen, wie sie heute – also in der kapitalistischen Krisengesellschaft – ihre Prägung finden, zur Norm, an der sich kirchliche Verkündigung und Lehre zu orientieren haben.

Statt die Individualisierung – die eigenverantwortliche Anpassung an die Krise des Kapitalismus in der Auflösung sozialer Sicherheit – abzufeiern, müsste eine in den biblischen Traditionen der Befreiung verwurzelte Kirche Einspruch dagegen erheben, dass ‚heutige Menschen‘ gezwungen sind, immer uneingeschränkter zu Anhängseln der

sich immer krisenhafter zuspitzenden Verwertungsmaschinerie des Kapitals zu werden. Dies geht einher mit der männlich konnotierten Überhöhung von Arbeit und Geld sowie der Minderbewertung weiblich konnotierter reproduktiver Tätigkeiten. Genau das prägt das Denken und Handeln vieler.

Anpassung hat einen Preis

Der Preis, den die Kirche für solche Anpassung zu zahlen hat, ist der Verlust reflektierter theologischer Inhaltlichkeit, die ihre ‚Heutigkeit‘ in ihrer Verbindung zu einer kritischen Gesellschaftstheorie ausweist. Erst kritische Reflexion auf die gesellschaftlichen Verhältnisse ließe verstehen, was es mit den ‚heutigen Menschen‘ im patriarchalen Kapitalismus konkret auf sich hat. Doch solche Inhaltlichkeit stört den Aktionismus und die Suche nach unmittelbaren Anschlussmöglichkeiten an die Lebenswelten heutiger Individuen. Sie wird als abstrakt und zu schwer verständlich denunziert. Störenfried einer unmittelbaren kirchlichen Heutigkeit ist letztlich das jüdisch-christliche Gottesgedächtnis selbst in seiner Verwurzelung in Unterdrückungs- und Leiderfahrungen im Kontext geschichtlicher Systeme der Herrschaft. Es drängt auf die Unterscheidung zwischen dem biblischen Gott der Befreiung und den Herrschaft legitimierenden Götzen.

Unterscheidung

Heute wäre zu unterscheiden zwischen dem angesichts der Krise immer schärfer auf Anpassung drängenden Fetisch der Vermehrung von Kapital sowie der damit verbundenen Minderbewertung des Weiblichen und dem biblischen Gott der Befreiung, der heute aus der Sklaverei des patriarchalen Kapitalismus herausführen könnte. Dieser steht unter dem Zwang, allen stofflichen Reichtum in abstrakten Reichtum, also in Geld, zu verwandeln. Angesichts der immanent nicht zu lösenden Krise der Kapitalverwertung und der nicht zu überwindenden äußeren ökologischen Schranke führt dieser Zwang immer mehr hinein in die Vernichtung allen Lebens und seiner Grundlagen.

Kirche ‚nackend‘

Wenn die Kirche die Inhaltlichkeit der biblischen und theologischen Traditionen einer unmittelbaren Heutigkeit opfert, muss sie sich nicht wundern, dass sie ‚nackend‘ da steht. Sie hat sich in ihrer Sucht nach Bedeutung blank und ‚leer‘ gemacht. Angesichts der Leere wird das Pochen auf vermeintlich überzeitliche Restbestände wie die Verweigerung der Frauenordination zum Ausdruck eines verzweifelten Festhaltens an etwas, das Identität und Halt verspricht.

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V., Fröbelstr. 9, 56073 Koblenz, Tel.: 0261/89926284, E-Mail: info@oekumenisches-netz.de

► Westfalen

**Institut für Theologie und Politik (ITP)
Frage nach Sinn und Notwendigkeit
von Kirche**

Das befreiungstheologisch orientierte „Institut für Theologie und Politik“ zu Münster stellt anlässlich der Amazonassynode in Rom die inhaltlichen Fragen nach dem Sinn und der Notwendigkeit von Kirche überhaupt. Es gehe heute nicht einfach nur um eine demokratischere Kirche. Vielmehr stehe ja die Existenz der Menschheit als solcher durch die kapitalistische Zerstörung immer mehr infrage. Auch das Überleben der Kirche werde sich daran erweisen, ob es ihr gelingt, dagegen aufzubegehren, gemeinsam mit allen Menschen guten Willens gegen diese Zerstörung anzugehen und für eine andere Welt jenseits der Verwertungslogik des Kapitalismus einzutreten.

Ökologische Frage im Zentrum

Für das ITP sind die ökologische Frage und damit die Klimafrage keine sozialetischen Randthemen, sondern gehören ins Zentrum der Rede über einen biblischen Gott. Sie lassen sich nicht durch individuellen Konsumverzicht oder moralische Appelle an die Verantwortlichen beantworten, sondern lediglich durch eine an die Wurzel gehende Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Strukturen, die das Handeln der Menschen heute bestimmen. Dazu ihren Beitrag zu leisten, sind ChristInnen deshalb aufgerufen, wenn sie ihr Bekenntnis ernst nehmen wollen. Die Kirchenfrage als Frage nach der Organisationsform bleibt an diese inhaltliche Bestimmung geknüpft.

Kontakt: Institut für Theologie und Politik, Friedrich-Ebert-Str. 7, 48153 Münster, E-Mail kontakt@itpol.de, Internet: www.itpol.de

► Württemberg

**„Spiritualität und Religionen in der
Entwicklungspolitik“**

Am 10. Nov. 2019 fand in Winnenden die Jahrestagung von „Pro Oekumene – Initiative in Württemberg“ statt zum Thema „Spiritualität und Religionen in der Entwicklungspolitik“. Dr. Wolfram Stierle, Leiter des Grundsatzstabes im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, hielt die Predigt in der Stadtkirche und referierte beim Politischen Frühschoppen in der Paulinenpflege. Wolfram Stierle ist der Überzeugung, dass Religionen für eine Spiritualität des Lebens stehen: „Sie er-weitern den bisher stark auf die Bedürfnisse der Menschen und auf das Wirtschaftswachstum fokussierten Blick.“

Arbeit an „Neuem Narrativ“

Pro Oekumene, ein wesentlicher Teil des Oekumenischen Netzes in Württemberg, arbeitet derzeit auch an einem "Neuen Narrativ", das von einigen ökumenischen Basisinitiativen für entscheidend für eine Transformation unserer Gesellschaft gehalten wird. Das letzte Heft (2/2019) des Pro Oekumene -Informationsdienstes hat dieses Thema bereits zum Schwerpunktthema gemacht. Es wird zusätzlich eine Reihe von Hintergrundmaterialien geben, z.B. Kurzbiographien vom 23 Denkern und Akteuren, die in neuerer Zeit wegweisende Gedanken für das Neue Narrativ entwickelt haben. Alle Materialien können gegen Portoerstattung bei W. Gebert, Banweg 14, 72131 Ofterdingen, E-Mail euw.gebert@online.de, angefordert werden.

50 Jahre Antirassismusprogramm

Am 10. Dezember 2019, dem Tag der Menschenrechte, lädt Pro Oekumene ein zu einer Veranstaltung zum Thema „Rassismus heute – 50 Jahre Antirassismusprogramm des OeRK“. Dazu wird der scheidende OeRK-Generalsekretär Dr. Olaf Fykse Tveit referieren.

Kontakt: Oekumenisches Netz Württemberg, c/o Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12, D-74348 Lauffen am Neckar, Tel.: 07133/21068

► Kairos Europa



**Für eine neue internationale Finanz-
und Wirtschaftsarchitektur (NIFEA):
Das Zachäus-Projekt der Ökumene**

Mit einer neuen Publikation möchte Kairos Europa die kürzlich vom Oekumenischen Rat der Kirchen, dem Lutherischen Weltbund, der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen und dem Weltmissionsrat gemeinsam auf den Weg gebrachte „Zachäus-Kampagne“ (siehe OeID 119) in Deutschland näher bekannt machen und Kirchen, Gemeinden und Gruppen zum Mitmachen inspirieren. Hierzu umfasst die Broschüre neben den deutschsprachigen Versionen der bislang nur auf Englisch vorliegenden Kampagnen- und Hintergrundtexte eigens auf den hiesigen Kontext zugeschnittene Beiträge, welche die biblisch-theologischen Grundlagen der Kampagne beleuchten, die sozio-ökonomische Bedeutsamkeit der Kampagne gerade auch für die politische Landschaft in Deutschland unterstreichen und zudem Bausteine für eine thematisch auf die

Kampagne zugeschnittene Bildungsarbeit sowie liturgische Materialien für entsprechende Gottesdienste umfassen.

Die Publikation im Umfang von ca. 50 Seiten u einem Preis von 4,50 zzgl. Versandkostenpauschale ist formlos im Kairos-Büro bestellbar.

Kontakt: Martin Gück, Kairos Europa e.V. im WeltHaus Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg
Tel.: 0 62 21 / 4 33 36 22, gueck@kairoseuropa.de
www.kairoseuropa.de

► Oekumenische Initiative
Eine Welt

**„Sicherheit“ als Thema bei der
Frühjahrstagung 2020**

Die nächste Frühjahrstagung findet in Warburg-Germete statt vom Freitag, 24. April 2020 - 18:00 bis Sonntag, 26. April 2020 - 14:00. Sie wird sich mit der Sicherheit beschäftigen. Vorbereitungsteam Martin Schuler: martin.schuler@oeciew.de

Kontakt: Ökumenische Initiative Eine Welt e.V., Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen, Tel.: 05694/1417, E-Mail: info@oeciew.de

► Aktionsgemeinschaft
Dienste für den Frieden



**Für eine Außenpolitik des Friedens
ohne militärische Option**

Die evangelische Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) hat sich für eine Politik ausgesprochen, die sich von der Vorrangstellung von Militär, Waffen und Gewalt löst und einer nachhaltigen Friedenslogik folgt. In einer von der Mitgliederversammlung der AGDF in Wiesbaden verabschiedeten Resolution fordert der Friedensverband einen vollständigen Stopp der von Deutschland ausgehenden Rüstungsexporte, auch der bereits genehmigten, außerdem einen konsequenten Einsatz für Abrüstung, auch bei Nuklearwaffen, sowie die Bereitschaft zu einseitigen Schritten bei der Abrüstung.

Kontakt: AGDF, Endericher Straße 41, 53115 Bonn, Tel.: 0228 249 99-0

► Europäischer ökumenischer
Kirchentag

Planung weiter gediehen

Die Planung für einen europäischen ökumenischen Kirchentag (European Christian

Convention, ECC) ist ein kleines Stück weiter vorangekommen.

Bei einer Tagung des Vorbereitungskomitees vom 7. bis 10. Oktober in der Orthodoxen Akademie in Kolympari auf Kreta, wurden kommende ökumenische Treffen in Europa diskutiert und vorbereitet. Nach den Auftritten des ECC auf dem Katholikentag in Münster 2017 und dem evangelischen Kirchentag 2018 in Dortmund ist ein eigenes Forum auf dem ökumenischen Kirchentag 2021 in Frankfurt und ein Engagement während der 11. Vollversammlung des Oekumenischen Rates im September 2021 in Karlsruhe geplant und wird vom Board des ECC unter der Leitung von Sven Giegold vorbereitet.

Außerdem sind eigenständige ECC-Treffen für europäische Christen zunächst in Skandinavien bei den „Heavenly Days“ in Roskilde/Dänemark 2022 und in Tampere/Finnland 2023 vereinbart, bevor der 1.ECC-Konvent als Großtreffen für die Jahre 2024 oder 2025 in Wien angestrebt ist.

Die Stiftung Ökumene und das ökumenische Netz in Deutschland wird sich an diesen Aktivitäten beteiligen und hat Dr. Wolfgang Thon zu dem Treffen auf Kreta delegiert.

Kontakt: Stiftung Ökumene, Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

► **Ohne Rüstung leben**



Führt der Klimawandel zu mehr Konflikten und Kriegen?

Mehr Militär ist keine Antwort auf die Klimakrise. Deshalb kritisiert Ohne Rüstung Leben die Forderung nach höheren Rüstungsausgaben.

Der Klimawandel an sich, darüber ist sich die Forschung einig, verursacht nicht automatisch Gewalt. Dennoch bezeichnet der aktuelle UN-Weltklimabericht den Klimawandel als eine Bedrohung für die menschliche Sicherheit und betont, dass klimatische Veränderungen unter bestimmten Bedingungen das Risiko bewaffneter Konflikte erhöhen.

Denn die Folgen des Klimawandels - Hungerkrisen, wachsende Konkurrenz um immer knapper werdende Ressourcen und unfreiwillige Migration - stellen Risikomultiplikatoren dar. Sie erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Konflikte entstehen oder eskalieren, besonders in Gesellschaften, die von großer Ungleichheit oder Ausgrenzung geprägt sind.

Militärische Aufrüstung und Klimakrisen

Mittel, die in militärische Rüstung investiert werden, stehen nicht mehr für den Klimaschutz, Anpassungsmaßnahmen und nachhaltige Innovationen zur Verfügung. Laut Greenpeace wurde 2018 weltweit sechsmal mehr Geld für militärische Zwecke ausgegeben, als für erneuerbare Energien.

Das Militär ist jedoch auch selbst Teil des Problems. Allein das US-Militär produziert mehr Treibhausgase als ein Großteil der mittelgroßen Länder dieser Erde. Kriege, bewaffnete Konflikte und militärische Übungen tragen massiv zur Umweltzerstörung bei. Sie vergiften Gewässer, vernichten wertvolles Land und hinterlassen gefährliche Munitionsreste im Boden. Ein regional begrenzter nuklearer Krieg hätte weltweite Klimaveränderungen zur Folge.

Friedenspolitik als Antwort auf die Folgen der Klimakrise

Die Klimakrise und ihre Folgen stellen uns vor große Herausforderungen: Unsicherheiten, Instabilität und Spannungen werden zunehmen. Die Menschheit muss ihre Beziehungen untereinander neu organisieren. Eine ganzheitliche Friedenspolitik ist dafür der richtige Weg, denn sie will die Voraussetzungen für ein langfristig friedliches Zusammenleben schaffen.

Dies erreicht eine solche Friedenspolitik zum einen durch zivile Konfliktbearbeitung und Maßnahmen zur Gewaltprävention. Gleichzeitig setzt sie darauf, die Anpassung an Klimaveränderungen und ihre Folgen so zu gestalten, dass niemand zurückgelassen wird. Das bedeutet auch, zivilgesellschaftliche Akteure zu stärken und alle Betroffenen in (inklusive und partizipative) Veränderungsprozesse einzubinden.

Forderungen von Kramp-Karrenbauer für den Verteidigungset

In ihrer Regierungserklärung am 24. Juli 2019 sagte Verteidigungsministerin Annette Kramp-Karrenbauer, sie wolle den Verteidigungsetat bis zum Jahr 2024 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erhöhen. Laut den aktuellen Prognosen der Bundesregierung für die Entwicklung des BIP entspräche dies einem drastischen Wachstum von heute rund 43 Milliarden Euro auf fast 56 Milliarden Euro im Jahr 2024.

Die Verteidigungsministerin argumentiert dabei mit einer Verteidigungslogik, die internationale Verantwortung vor allem militärisch begreift. Mit der fehlgeleiteten Politik steigender Verteidigungsausgaben gibt sie jedoch keinerlei konstruktive Antwort auf die Herausforderungen der Klimakrise und ihrer Folgen - im Gegenteil, militärische Aufrüs-

tung verstärkt das Risiko gewaltsamer Konflikte.

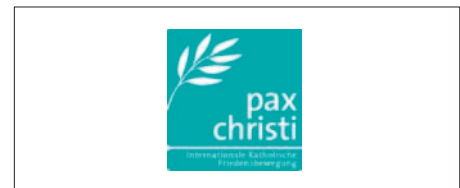
Zivile und klimafreundliche Sicherheitspolitik für Deutschland

Deutschland sollte mit gutem Beispiel vorangehen und Forderungen nach mehr konfrontativer Verteidigungslogik eine Absage erteilen. Um die Folgen der Klimakrise zumindest abzuschwächen, müssen möglichst viele Staaten an einem Strang ziehen. Daher sollte die Bundespolitik im Rahmen der internationalen Bündnisse UNO, OSZE und EU Projekte zur Gewaltprävention und Unterstützung besonders betroffener Staaten stärken.

Außerdem könnte Deutschland neue Initiativen anstoßen, die auf eine nachhaltige Zusammenarbeit, gerechte Außenbeziehungen und ganzheitliche Friedensförderung setzen, wie sie die Agenda 2030 einfordert. Konkrete Maßnahmenvorschläge dazu hat die Initiative "Sicherheit neu denken" ausgearbeitet, an der Ohne Rüstung Leben beteiligt ist.

Kontakt: Ohne Rüstung Leben e. V., Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396
E-Mail [orl\[at\]gaia.de](mailto:orl[at]gaia.de), www.ohne-ruestung-leben.de

► **Pax Christi**



Neuer Negativ-Rekord beim Waffenhandel

„Die Bundesregierung genehmigte allein von Januar bis Ende September 2019 Rüstungsexporte in Höhe von 6,35 Mrd. Euro, wie aus einer parlamentarischen Anfrage hervorgeht. Damit wurden bereits jetzt mehr Kriegswaffen und Rüstungsgüter genehmigt als in den beiden Vorjahren (2018: 4,48 Mrd. Euro, 2017: 6,24 Mrd. Euro). Dieser Negativ-Rekord offenbart aufs Neue den skandalösen Widerspruch zwischen dem Mantra von der restriktiven Genehmigungs politik der Bundesregierung und der de facto exportfreundlichen Praxis. Die GroKo nimmt die tödliche Wirkung dieser Exporte billigend in Kauf und exportiert damit Gewalt und Terror Made in Germany – das muss eine Ende haben!“, verlangt Christine Hoffmann, pax christi-Generalsekretärin und Sprecherin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

„Der höchste Genehmigungswert entfiel auf Ungarn (1.7 Mrd.), das die NATO-Osterweiterung mit Deutschland vorantreibt und die Festung Europa durch seine Grenz-

politik massiv unterstützt. Dahinter folgt bereits Ägypten mit über 800 Mio. Euro. Ebenso befinden sich die Vereinigten Arabischen Emirate mit ca. 200 Mio. Euro unter den Top-Ten-Empfängern deutscher Rüstungsexporte. Allein diese Genehmigungen für die Länder der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition im Jemen entbehren jeder gesetzlichen und moralischen Grundlage und müssen endlich umfassend gestoppt werden. Wer, wie der Bundessicherheitsrat, Kriegswaffenexporte an Ägypten und die VAE genehmigt, der leistet Beihilfe zur vielfachen Verletzung von Menschenrechten und des humanitären Völkerrechts im Jemen-Krieg“, kritisiert Jürgen Grässlin, DFG-VK-Bundessprecher und Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.

Gesetz zur Rüstungsexportkontrolle

„Insgesamt zeigt sich abermals, dass es dringend eines Rüstungsexportkontrollgesetzes bedarf, das eindeutig und einklagbar festlegt, dass u.a. kriegsführende und menschenrechtsverletzende Staaten keine Rüstungsgüter aus Deutschland erhalten dürfen. In der Neufassung der Politischen Grundsätze, die rechtlich nicht bindend sind, kann keine ernstzunehmende Verbesserung in dieser Hinsicht erblickt werden“, so die Koordinatorin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ Susanne Weipert. Sie weist dazu auf die vergleichende Auswertung der Politischen Grundsätze durch die Kampagne hin. Diese hat gezeigt, dass der größte Teil der vermeintlichen Neuerungen nur eine Ausformulierung der geübten Praxis darstellen und fügt hinzu: „Neu ist v.a. die Ausrichtung auf die europäische Rüstungs- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit. In der Folge werden die Rüstungsexporte aus europäischen Gemeinschaftsprojekten zunehmen und die nationalen Partnerländer eher weniger von ihrem Vetorecht bei kritischen Exporten Gebrauch machen. Jüngst wurde gemeldet, dass Deutschland und Frankreich sich auf eine Veto-Grenze von zwanzig Prozent geeinigt hätten.“

Kontakt: pax christi – Deutsche Sektion e.V. Feldstraße 4, 13355 Berlin, Tel 030/2007678-0. E-Mail sekretariat@paxchristi.de

► Religions for Peace

Abholzung der Regenwälder stoppen

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der diesjährigen Weltversammlung von Religions for Peace in Lindau war der Schutz der Erde. Am Abschlussstag sprach auch Sonia Guajajara als Stimme der indigenen Völker Brasiliens.

Religions for Peace will auf der individuellen Ebene mit Friedenserziehung von der frühen Kindheit bis zu den Erwachsenen Fähigkeiten zum Konfliktmanagement auf-

bauen. Auf Basis der Friedenscharta für Vergebung und Versöhnung wird die Heilung schmerzhafter Erinnerungen bei den Konfliktpartnern in Konfliktlösungsarbeit integriert. Die Sustainable Development Goals (SDGs) werden von Religions for Peace mitgetragen, u.a. durch den Einsatz für nachhaltigen Konsum, die Würde der Arbeit und eine gerechte Verteilung des Reichtums.

An der Spitze eine Frau

Religions for Peace wird künftig von einer Frau als Generalsekretärin geführt. Prof. Dr. Azza Karam, wurde in Kairo geboren. Die Wissenschaftlerin für politischen Islam forscht an der Universität Amsterdam zu Religionen und Entwicklung.

Dem in Lindau gewählten der neuen 80-köpfigen internationalen „Religions for Peace“- Rat gehört von deutscher Seite künftig Margot Käßmann an.

Kontakt: Religions for Peace Deutschland, Dr. Franz Brendle, Im Schellenkönig 61, 70184 Stuttgart, Tel.: 0711/ 5390209, E-Mail: rfp@r-f-p.de, www.religionsforpeace.de

► Versöhnungsbund



EKD Lesebuch Frieden - Einmischen

Im September 2019 veröffentlichte das Kirchenamt der EKD ein friedentheologisches Lesebuch mit über 40 Beiträgen. Das Buch ist in sechs Themenbereiche unterteilt: Gewaltfreiheit, Grundlagen für eine Ethik der Gewaltfreiheit, Im Fokus: Herausforderungen für den Frieden, Debatten, Geistliche Praktiken und Erfahrungen.

Im Geleitwort des Buches verdeutlicht Präses Dr. Irmgard Schwaetzer die Absicht des Buches: „Mit diesem Lesebuch wollen wir aktuelle Debatten aufgreifen und Impulse setzen. Wir bündeln damit die Vorbereitung auf die Synodentagung in Dresden im November 2019, die in einem breit angelegten Prozess zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, in Friedensgruppen engagierten Christen, in der Friedensarbeit.“

Die "Arbeitsstelle Frieden" der Landeskirche Baden startete angesichts der sehr unterschiedlich ausgerichteten Beiträge eine Aktion, die versuchen will, dieses Lesebuch zu kommentieren und wenn möglich mit den Autoren in einen Dialog zu treten.

150 Jahre Mahatma Gandhi

Das Jugendgästehaus Duderstadt war ein angemessener Ort um die Jahrestagung des

Versöhnungsbundes zu beherbergen. Die rund 230 Teilnehmenden kamen aus allen Gegenden Deutschlands, auch aus Österreich und aus der Schweiz und aus Indien waren Menschen gekommen.

Denn dieses Land stand im Fokus und mit ihm vor allem das Wirken von Mahatma Gandhi, der vor 150 Jahren geboren wurde. In der Tagung sollte der Frage nachgegangen werden, welche Anregungen und Herausforderungen hatte das Leben und Wirken dieses großen Anführers der indischen Unabhängigkeitsbewegung für die Menschheit.

Swati Desai, engagierte Umweltaktivistin in Gujarat, Indien hielt dazu einen beachtenswerten Vortrag. Darin ging sie der Frage nach, ob Gandhi nur ein historisches Relikt sei oder doch ein Motivator für eine nachhaltige Zukunft. Können wir heute noch von Gandhi lernen? Und wie sieht das konkret in Indien aus? Der Vortrag wurde ergänzt durch Ausführungen von Prof. Dr. Gregor Lang-Wojtasik, einem renommierten Kenner Indiens, der unter anderem die kritische Frage stellte, ob hinter der Anerkennung, die das Leben Gandhis zweifellos besitzt, mehr als nur ein Idealismus für Veränderung steckt.

In dreizehn Arbeitsgruppen wurde dann den verschiedenen Aspekten aus Gandhis Leben nachgegangen. Dabei wurde auch das Leben von Khan Abdul Ghaffar Khan, dem großen muslimischen Freund Gandhis gewürdigt.

Neben der inhaltlichen Arbeit standen vielfältige Begegnungen, u.a. beim Programm für Kinder, den Mosaikgruppen zum gegenseitigen Kennenlernen am Anfang, bei den morgendlichen Andachten, dem spirituellen Fest und dem von der Indienkommission liebevoll vorbereiteten Indischen Abend.

Einen weiteren Höhepunkt der Tagung bildete ein Konzert des Maharaj-Trios, ergänzt mit einem weiteren Musiker aus Indien. Dort in Indien spielte das Maharaj-Trio bereits bei dem größten Fest des Hinduismus vor Millionen Menschen. Dass diese Musikgruppe für den Versöhnungsbund gewonnen werden konnte, war für alle Teilnehmer ein besonderes Ereignis.

Kontakt: Versöhnungsbund, Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel.: Fon: 0571/850875, Fax: 0571/8292387, E-Mail: vb@versoehnungsbund.de

► Darmstädter Signal

Kritische Ex-Soldaten setzen Arbeit fort

In dem Arbeitskreis "Darmstädter Signal" (DS) engagieren sich Soldaten für Friedenspolitik. Es fehlt allerdings an Nachwuchs. Deshalb überlegte die Gruppe, ihre Tätigkeit einzustellen. Nun geht es aber doch weiter.

Auf einer Tagung in Königswinter bei Bonn stimmten die Mitglieder gegen den

Antrag ihres Vorsitzenden, den Arbeitskreis aufzulösen.

Das Darmstädter Signal wurde 1983 von 20 Offizieren und Unteroffizieren gegründet. Der Arbeitskreis wendet sich gegen Auslandseinsätze, Atomwaffen und Rüstungsexporte. In den letzten Jahren ist die Mitgliedschaft zurückgegangen. Derzeit engagiert sich im DS kein einziger aktiver Bundeswehrangehöriger mehr.

Deshalb hatte Florian Kling, Ex-Offizier und seitheriger Vorstandssprecher des DS, den Antrag eingebracht, den Arbeitskreis aufzulösen. In Königswinter stellten sich aber seine Vorstandskollegen Florian Pfaff und Jürgen Rose (ebenfalls ehemalige Offiziere) dagegen – und hatten Erfolg.

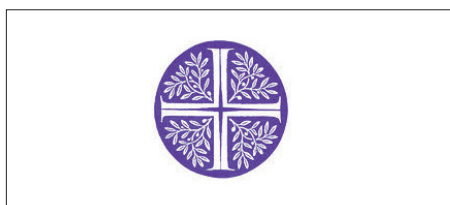
Zwei Drittel gegen Auflösung

„Man kann nicht vom Tisch wischen, dass mittlerweile zu wenige aktive Soldatinnen und Soldaten dabei sind. Das ist aber kein zwingender Anlass, das Darmstädter Signal aufzulösen“, sagt Rose. „Auch mit ehemaligen Soldaten, die alle ihre Erfahrungen mit der Bundeswehr haben und sich seit Jahren und Jahrzehnten mit Sicherheitspolitik befassen, kann man einen Arbeitskreis betreiben.“

Knapp 40 Personen waren in Königswinter dabei, ungefähr zwei Drittel der Stimmberechtigten stimmten gegen die Auflösung. Der bisherige Vorstandssprecher Kling trat daraufhin zurück. Pfaff wird sein Nachfolger, Rose übernimmt den Vorsitz des zum Arbeitskreis gehörenden Fördervereins. Für die Zukunft haben die Beiden schon erste Pläne. Unter anderem könnte sich das DS im nächsten Jahr in Büchel (Rheinland-Pfalz) an Aktionen gegen dort stationierte Atomwaffen beteiligen.

Kontakt: Förderkreis Darmstädter Signal, c/o Gerd Pflaumer, Am Spitzenbach 2, 53604 Bad Honnef, Email: GerdPflaumer@darmstaedter-signal.de, Tel: 0 22 24 / 9691364

► Church and Peace



Die Zeit drängt!

Der Vorstand des europäischen friedenskirchlichen Netzwerks Church and Peace erwartet von der EKD, dass sie

- deutlich ihre Stimme gegen die fortschreitende Militarisierung der EU erhebt;

- sich entschieden für die Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung einsetzt;

- für eine restriktive und effektive Rüstungsexportkontrolle eintritt;
- sich dafür einsetzt, dass Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet;
- Krieg bzw. militärische Intervention als „ultima ratio“, als letzte Option, ausschließt und stattdessen Schritt für Schritt in Richtung Gewaltfreiheit als erste *und* letzte Option geht.

Französische Quäker drängen auf Überprüfung der Waffenexporte

Die französische Jahresversammlung der Quäker, Mitglied bei Church and Peace, hat ein Ende der französischen Waffenverkäufe an Saudi-Arabien gefordert, nachdem das britische Berufungsgericht im Juni entschieden hatte, dass solche britischen Waffenexporte rechtswidrig sind. Die Quäker fordern eine allgemeine Überprüfung der Rüstungsindustrie in Frankreich und insbesondere der französischen Rüstungspolitik gegenüber dem Golfstaat.

Kontakt: Church and Peace, Lydia Funck, Mittelstraße 4, 34474 Wethen, Tel.: 05694 9905506, E-Mail: infooffice@church-and-peace.org

► Oekumenisches Informationszentrum Dresden

Dresdner Friedenserklärung 2019

Anlässlich der Erinnerung an den Beginn des II. Weltkrieges vor 80 Jahren und den Abschluss der Oekumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung vor 30 Jahren haben Dresdner Christinnen und Christen eine Erklärung formuliert. Sie steht unter dem Motto „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“ www.friedenswort.de. Die Evangelisch-Lutherischen Kirchenbezirke Dresdens haben die Erklärung gemeinschaftlich verabschiedet und wünschen sich, dass sie weiter verbreitet und diskutiert wird. In der Erklärung werden unter anderem Friedensbildung und zivile Konfliktbewältigung angemahnt. „Die Entwicklung neuer militärischer Waffensysteme dient ebenso wenig dem Frieden, wie die Entwicklung von nichtmilitärischen Verfahren zur Zerstörung von Lebensgrundlagen und lebensnotwendigen Einrichtungen,“ heißt es. Hinterfragt werden unser hiesiger Lebensstil und unser Umgang mit Ressourcen. Auch dies rufe Gewalt und Leid in anderen Ländern hervor. Selbstkritisch wird beklagt, dass Christinnen und Christen nicht mutiger für ein friedliches Miteinander in ihren Kirchen, in ihren Ländern und in der Welt eintreten.

Das OeIZ wurde 1990 von den christlichen Kirchen Dresdens gegründet, mit der Aufgabe, die Ergebnisse der 1989 beendeten

Oekumenischen Versammlung in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung in Kirchgemeinden und der Zivilgesellschaft wach zu halten und umzusetzen.

Kontakt: Oekumenisches Informationszentrum Dresden, Kreuzstraße 7, 01067 Dresden, Tel.: 0351 / 492 33 64, E-Mail: mail(at)infozentrum-dresden.de, www.infozentrum-dresden.de

► Initiative Lieferkettengesetz

Menschenrechtliche Verantwortung durchsetzen

Weil sich immer wieder zeigt, dass Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Verantwortung freiwillig nicht hinreichend nachkommen, fordert ein kirchlich-zivilgesellschaftliches Bündnis von der Bundesregierung ein Lieferkettengesetz. Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verursachen oder in Kauf nehmen, müssen dafür haften. Skrupellose Geschäftspraktiken dürfen sich nicht länger lohnen.

Ein Musterbrief an Bundeskanzlerin Merkel lautet:

„ Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Tote bei Fabrikbränden, ausbeuterische Kinderarbeit, zerstörte Regenwälder: Deutsche Unternehmen sind weltweit immer wieder an Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörung beteiligt – ohne dass sie dafür rechtliche Konsequenzen fürchten müssen.

Damit muss Schluss sein! Deshalb fordere ich Sie, Frau Merkel, auf, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, mit dem Unternehmen verpflichtet werden, auch im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards zu achten. Unternehmen, die für Schäden an Mensch und Umwelt verantwortlich sind, müssen dafür haften. Geschädigte müssen auch vor deutschen Gerichten ihre Rechte einklagen können.

Ich erwarte von Ihnen als Bundeskanzlerin, dass Sie den Schutz der Menschenrechte zur Cheffinnensache machen und noch in dieser Legislaturperiode ein Lieferkettengesetz auf den Weg bringen!“

Kontakt: Initiative Lieferkettengesetz.de, Johanna Kusch, Stresemannstr 72, 10963 Berlin, Telefon: 030/28883565, info@lieferkettengesetz.de

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o Michael Kappus
Tölzer Str. 7, D-81379 München
www.oekumenisches-netz-bayern.de

Berlin

Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick
Dr. Klaus Wazlawik
Rudower Straße 23, D-12557 Berlin
Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
klaus.wazlawik@gmx.de

INKOTA

Chrysanthemenstr. 1-3, D-10407 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

Bremen

Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
Dieter Lomb, Baunsbergstr. 7
D-34131 Kassel
dieter.lomb@ekkw.de

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozeß
Hermann de Boer
Masurenstr. 9b
D-31832 Springe

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz
(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos
c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Fröbelstr. 9, D-56073 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.
Immermannstr. 12
D-41516 Grevenbroich
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

c/o Rita Horstmann, Deutz-Mülheimer-Str. 199, 51063 Köln,
soki.rheinland@arcor.de, www.solidarische-kirche.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum
Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden
Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Annette Muhr-Nelson, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 1 76 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

Geschäftsstelle der kommunalen Oekumene
Treptow-Köpenick
Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23
D-12557 Berlin, Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
koek_trep_koep@gmx.de

Einladung



zur Förderung der
Stiftung Oekumene

Unterstützen Sie die Initiativen für
Gerechtigkeit, Frieden und
Bewahrung der Schöpfung über die
gemeinnützige Stiftung Oekumene
als Plattform für vielfältige
Initiativen

Stiftung Oekumene

Konto 100 008

bei der Frankfurter Sparkasse
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08

Spendenbescheinigungen versenden wir ab
50,- Euro pro Jahr. Dafür bitten wir Sie um
Ihre Postanschrift.

Möchten Sie die Zeitschrift

**OEKUMENISCHER
INFORMATIONSDIENST**

regelmäßig erhalten?
Nur 10,- Euro im Jahr!
Eine kurze Mitteilung per E-Mail
oder Post genügt.

Stiftung Oekumene,
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart,
ecunet@t-online.de

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart
ecunet@t-online.de

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Entwurf Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08